

Konzessionsverträge zwischen den
Kommunen Bedburg, Bergheim,
Elsdorf, Kerpen und der RWE Netz AG

**Eine Betrachtung aus Sicht der
Industriegewerkschaft
Bergbau, Chemie, Energie
Ortsgruppe Elsdorf**

Kerpen will das Netz

Konzessionsverträge Stadt prüft Übernahme von Strom und Gas.

VON WILFRIED MEISEN Kölner Stadt Anzeiger vom 01.11.2010

Kerpen. Wie Bergheim denkt nun auch die Stadt Kerpen darüber nach, die Konzessionsverträge mit dem Unternehmen RWE über Gas- und Stromnetz nicht mehr zu verlängern. Der Hauptausschuss hat in nichtöffentlicher Sitzung den Weg dafür freigemacht, entsprechende Gutachten in Auftrag zu geben. Darin soll geprüft werden, ob eine Übernahme des Gas- und Stromnetzes der Stadt wirtschaftliche Vorteile bringen würde. In Bergheim rechnet man schon mit jährlichen Erlösen in Höhe von 800 000 Euro im Falle einer Netzübernahme. Ob dies auch für Kerpen gelten würde, ist unklar.

Kerpen will das Netz

Konzessionsverträge Stadt prüft Übernahme von Strom und Gas.

VON WILFRIED MEISEN Kölner Stadt Anzeiger vom 01.11.2010

Es wird daran gedacht, gemeinsam mit den Städten Bergheim und Bedburg, der Gemeinde Elsdorf und möglicherweise einem Partnerunternehmen aus dem Energiebereich eine eigene Netzgesellschaft zu gründen. Die müsse dann RWE ihr Gas- und Stromnetz abkaufen und selbst unterhalten. „Das unternehmerische Risiko liegt dann bei der Stadt“, erläuterte Kämmerer Klaus Zimmermann. Falls es zu einer Netzübernahme komme, müsse an RWE wohl ein zweistelliger Millionenbetrag für ihr Netz gezahlt werden. Wenn man sich über den Kaufpreis nicht einigen kann, könnte er, so heißt es in Bergheim, von einem Gericht bestimmt werden. Es soll in diesem Falle eine kommunenfreundliche Rechtsprechung geben, wonach der Preis für das Leitungsnetz einen wirtschaftlichen Betrieb nach der Übernahme durch eine Kommune nicht verhindern dürfe.

Kerpen will das Netz

Konzessionsverträge Stadt prüft Übernahme von Strom und Gas.

VON WILFRIED MEISEN Kölner Stadt Anzeiger vom 01.11.2010

Bislang gelten in allen Kommunen noch die Konzessionsverträge, mit denen RWE das Recht zugebilligt wird, auf kommunalem Grund ihr Leitungsnetz (Gas, Wasser, Strom) zu verlegen und zu betreiben: Dafür zahlt RWE bislang etwa 3,2 Millionen Euro jährlich an Konzessionsgebühren an die Stadt. Doch die Konzessionen, zumindest für das Strom- und Gasnetz, laufen in Kerpen im Jahr 2014, in Elsdorf 2013, in Bedburg und Bergheim schon 2011 aus. Die Kommunen müssen nun entscheiden, ob sie die Konzessionen wieder für 20 Jahre verlängern oder eigen Wege gehen wollen. Dann würden sie die Versorgung der Bürger selbst übernehmen. Das, so meinte Zimmermann, sei im Moment bei vielen Kommunen Trend. Der Bürger selber werde von einer Änderung aber nicht viel mitbekommen. Er könne schließlich auch jetzt schon wählen, von wem er Strom oder Gas beziehen wolle. Es gehe darum, die städtischen Einnahmen zu erhöhen. Das wiederum würde den Bürgern zugute kommen.

Was beinhaltet ein Konzessionsvertrag
und was wird durch ihn geregelt?

Ein Konzessionsvertrag ist nichts anderes als ein
Wegerechtvertrag, der das Recht zur Nutzung
der öffentlichen Verkehrswege inkl. der
Netzinfrasturktur regelt.

Zahlt der Konzessionsnehmer
Nutzungsgebühren an die Kommunen
und mit welchen Kosten ist bei einer
Netzübernahme zu rechnen?

RWE Rheinland Westfalen Netz AG zahlt
jährlich einen Betrag in Höhe von ca.

8,5 Millionen Euro

an die vier Nordkreiskommunen als
Konzessionsabgabe.

Zahlt der Konzessionsnehmer
Nutzungsgebühren an die Kommunen
und mit welchen Kosten ist bei einer
Netzübernahme zu rechnen?

Der Kaufpreis richtet sich nach dem Zeitwert der
Anlage und Betriebsmittel. Im beschriebenen Fall
dürfte es sich um einen Betrag von annähernd

200 Millionen Euro

handeln den die vier Kommunen aufbringen
müssten.

Leserbrief im Kölner Stadt Anzeiger vom 03.11.2010

Risiko Zur Übernahme der Strom- und Gasnetze

Die Bürgermeister der vier Nordstädte des Kreises wollen also die Strom- und Gasnetze vom Betreiber RWE übernehmen, und in Bergheim rechnet man schon mit Einnahmen von bis zu 800 000 Euro jährlich. Der Leser wird sich fragen, woher die notorisch klammen Kommunen denn das Geld herbekommen wollen, um Netze zu übernehmen? In Bergheim werden Bäder geschlossen, Veranstaltungsorte wie der Ordenshof sollen nicht weiter bewirtschaftet werden, und Bedburg steht kurz vor dem Zustand des Haushaltssicherungskonzeptes.

Die Netze werden als Gelddruckmaschine angesehen und als Wunderwaffe gegen kommunale Defizite. Wenn „die Großen“ wie RWE und EON damit Geld verdienen können, wieso auch nicht wir? Eine berechtigte Frage, aber wo sind die Risiken aufgelistet? Für Instandhaltung der Strom- und Gasnetze werden in den kommenden Jahren Millioneninvestitionen anstehen. Wollen sich RWE Mitarbeiter, einige Tausend im Nordkreis, von Stadtwerken beliefern lassen? Wer übernimmt den Netzbetrieb mit welchen Mitarbeitern? Übernehmen die zukünftigen kommunalen Energieversorger das fachlich geschulte Personal und zu welchen Vergütungen? Jetzt werden die Kassen der Gutachter klingeln und die Städte werden die Antworten bekommen die sie erhoffen! Bezahlen, da bin ich mir sicher, wird es letzten Endes der Bürger! So oder so.

MICHAELA LIEVEN, BERGHEIM

Am Beispiel Dorsten schreibt die WAZ am 2.9.10:

Illusionen weichen Nüchternheit

Mit Stadtwerken mag Geld zu verdienen sein. Aber nicht viel und nur mit Aufwand und Risiko

Eigene Stadtwerke werden keine eierlegende Wollmilchsau. So viel scheint klar, nachdem ein Gutachten vom „*Büro Rödl und Partner*“ aus Nürnberg zu Möglichkeiten, Chancen und Risiken vorliegt.

Bürgermeister Lambert Lütkenhorst: „Illusionen sind der Nüchternheit gewichen.“

Kämmerer Wolfgang Quallo: „Wir sind erst von anderen Zahlen ausgegangen, haben dann im Detail gemerkt, so leicht kommt man nicht an das Geld von anderen Leuten.“

Am Beispiel Dorsten schreibt die WAZ am 2.9.10:

Illusionen weichen Nüchternheit

Mit Stadtwerken mag Geld zu verdienen sein. Aber nicht viel und nur mit Aufwand und Risiko

Ob mit dem Netz Geld zu verdienen ist, bleibt auch bei einem (voraussichtlich) rentablen Kaufpreis fraglich: Denn wie viel die Stadt für die Nutzung des Netzes kassieren darf, legt die Regulierungsbehörde fest – aber erst nach einer erfolgten Übernahme.

Ob mit den dann zulässigen Gebühren der Kaufpreis wieder eingespielt werden kann, sei „**nicht unbedingt**“ sicher, urteilt Quallo (Kämmerer der Stadt Dorsten).

Ganz abgesehen von kaufmännischen und technischen Herausforderungen, die mit dem Stromnetz auf die Stadt zukommen.

Am Beispiel Dorsten schreibt die WAZ am 2.9.10:

Illusionen weichen Nüchternheit

Mit Stadtwerken mag Geld zu verdienen sein. Aber nicht viel und nur mit Aufwand und Risiko

Mit den Stadtwerken als Stromlieferant für Endverbraucher sei kein Geld zu verdienen, so Lütkenhorst (Bürgermeister). Als Faustregel gilt: Pro Jahr und Haushalt – wenn sie denn Kunde werden - bleiben 50 Euro hängen. Auch Jahre nach der Freigabe des Marktes versorgt RWE noch immer rund 80% der 35 000 Dorstener Haushalte. Stadtwerke müssten an der Börse Strom kaufen – auch mit dem Risiko, dann zu wenig Kunden dafür zu haben. Sie stünden in Konkurrenz mit allen anderen Stromanbietern ohne eigenes Netz und eigene Produktion. Andere Städte haben mit diesem Geschäftszweig großartige Bauchlandungen hingelegt. Die neu gegründeten **Stadtwerke der über zwanzig mal größeren Stadt Hamburg etwa zählten nach einem Jahr Werbefeldzug nur 9000 Kunden.** Lütkenhorst weiter: „**Geld verdienen kann man nur mit der Produktion von Strom.**“

Sind Stadtwerke Wettbewerbsfähig und was passiert mit den Verbrauchern?

Hier muss nach zwei Ausgangsfällen unterschieden werden:

1. Stadtwerke die sich bereits mit Energieversorgung, insbesondere vor der Einführung der Anreizregulierung im Jahr 2005 durch die Bundesnetzagentur, beschäftigt haben, arbeiten zum größten Teil wirtschaftlich, allerdings mit stetig sinkenden Erlösen. Daher haben in jüngster Zeit viele Stadtwerke ihre Netze zur effizienten Bewirtschaftung an RWE Netz oder EON verpachtet.
2. Und Stadtwerke die sich mit Energieversorgung, erst seit dem Jahr 2005 beschäftigen und die sich zum Start ihrer wirtschaftlichen Betätigung mit den Problemen, die sich aus der regulierten Netzbewirtschaftung ergeben, auseinandersetzen müssen. Uns ist bisher kein erfolgreiches Kommunalisierungsprojekt bekannt. In der Regel ist zu erwarten, dass diese Unternehmen von zeitaufwendigen juristischen/gerichtlichen Auseinandersetzungen mit ungewissem Ausgang begleitet werden. Die vertragliche Regelung, den Kaufpreis an dem Sachzeitwert zu orientieren, ist in den Wirtschaftlichkeitsbetrachtungen der Berater in der Regel **nicht** berücksichtigt. Verschiedene Netzerwerber (Kommunen) versuchen einen niedrigeren Kaufpreis vor Gericht zu erstreiten. Eine Abschließende Aussage über die Wirtschaftlichkeit eines solchen Unternehmens kann erst nach Abschluss aller anhängigen Verfahren getroffen werden. Ein konkreter Termin, zu dem höchstrichterliche Entscheidungen mit wegweisendem Charakter zu erwarten sind, ist zurzeit nicht erkennbar.

Sind Stadtwerke Wettbewerbsfähig und was passiert mit den Verbrauchern?

Aufgrund der nach Energiewirtschaftsgesetz geforderten gesellschaftsrechtlichen Entflechtung zwischen Netz und Vertrieb geht mit einem Konzessionsvertrag, der nichts anderes als ein Wegerechtsvertrag ist, nur das Recht zur Nutzung der öffentlichen Verkehrswege inkl. der Netzinfrastruktur (**nach Zahlung des Kaufpreises**) auf einen Konzessionsnehmer über. Es findet kein Kundenübergang statt. Die Kunden verbleiben bei den bisherigen Lieferanten, wie z. B. RWE, Yello, EON usw. und müssten mit viel Akquisitionsaufwand (Kosten) gewonnen werden.

Ist die Belieferung der ca. 11.000
Deputat - Bezieher im Nordkreis
gefährdet?

Nach derzeitiger Regelung dürfte das Strom -
Deputat erhalten bleiben.

Nach der RWE Gasdeputat-Regelung wird
Gasdeputat dann gewährt, wenn RWE Netz
auch der Gas Konzessionsnehmer ist. Daraus
folgt, dass das **Gasdeputat in Gefahr** wäre .

Die Stadt Pulheim gründete zum 01.01.2010 eine Stadtwerke GmbH mit folgenden Auswirkungen und Kosten:

Die Kosten für den von der Stadt Pulheim beauftragten Beraterstab und für das laufende Verfahren mit dem Ziel der Kommunalisierung dürften bis zum heutigen Tage im

hohen sechsstelligen Bereich

(gegen 1 Mio. laufend) liegen.

Die Stadt Pulheim gründete zum 01.01.2010 eine Stadtwerke GmbH mit folgenden Auswirkungen und Kosten:

RWE hat umgehend nach der Entscheidung für den jetzigen Konzessionsnehmer Stadtwerke Pulheim aktiv einen zeitnahen Netzverkauf angeboten. Das dem Konzessionsnehmer unterbreitete Angebot wurde nicht angenommen. Stattdessen haben die Stadtwerke mittels 2 Eilverfahren versucht in den Besitz des Stromnetzes zu gelangen.

**Beide Verfahren haben die Stadtwerke verloren
Kosten der Verfahren ca. 120 T Euro.**

Kurze rechtliche Begründung: seitens des Gerichtes bestanden erhebliche Zweifel daran, dass das von den SW Pulheim verfolgte Ziel einer baldigen Netzübernahme im Wege einer einstweiligen Verfügung erreicht werden kann. Das Gericht führte aus, dass die Stadtwerke die Netzübernahme entweder im Wege eines Vorbehaltskaufes oder durch eine gerichtliche Klärung in einem Hauptsacheverfahren herbeiführen müssten. Ferner teilte das Gericht die Auffassung, dass RWE alle Informationen entsprechend der Endschaftsbestimmung des Konzessionsvertrags vorgelegt hat und ein Gutachter in der Lage sei, einen Kaufpreis für das Netz zu bestimmen.

Die Stadt Pulheim gründete zum 01.01.2010 eine Stadtwerke GmbH mit folgenden Auswirkungen und Kosten:

Der Empfehlung des Gerichts folgend, erklärten die Stadtwerke Pulheim sämtliche Anträge auf Erlass einer einstweiligen Verfügung gegen RWE zur Herausgabe des Netzes und weiterer Daten für erledigt. Die Stadtwerke – und damit der Steuerzahler - haben sich zudem verpflichtet die Kosten für beide Instanzen tragen.

Die Stadt Pulheim gründete zum 01.01.2010 eine Stadtwerke GmbH mit folgenden Auswirkungen und Kosten:
Von einer Versorgung der Bürger durch die Stadt kann man nicht sprechen, da

1. das französische Unternehmen Veolia schon jetzt Anteilseigner an den Stadtwerken ist und bereits jetzt Käufer für seine Anteile sucht
2. die Vertriebs- und Netzgesellschaft später ausgelagert werden soll und dann komplett in den Händen von Veolia liegt
3. die Stadtwerke Pulheim sich zum Steigbügelhalter eines französischen Konzern entwickeln
4. die Stadt und die SW von den Bürgern eine Gebühr zur Nutzung der Straßenbeleuchtung erheben wollen um den Netz kauf zu finanzieren.

Stimmen aus Elsdorf zur geplanten Gründung einer Netzgesellschaft:

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen.

Es ist verwunderlich, dass gerade die Gemeinden, die nicht imstande sind ihre ursprünglichen wichtigen Aufgaben wie Kinderspielplätze, Sporthallen, Schwimmbäder, Schulen, Gemeindefesthallen etc. zu erhalten und instand zu setzen auf die Idee kommen solche fremdartige Aufgaben zu übernehmen.

Wir die Bürger fragen uns woher die notorisch klammen Kommunen das Geld her bekommen wollen um die Netze zu übernehmen?

Wir in Elsdorf zerbrechen uns den Kopf seit Jahren wie wir das Hallenbad renovieren und für die Schulen erhalten sollen da das nötige Geld fehlt.

In Bergheim werden Bäder geschlossen, Bedburg hat sich mit Monte Mare übernommen und steht kurz vor dem Haushaltssicherungskonzept.

Die Netze werden also als Gelddruckmaschine angesehen. Wenn die Großen RWE oder EON damit Geld verdienen warum auch nicht die Nordkreis Kommunen.

Aber wo sind die Risiken? Allein die Übernahme löst alle Probleme? Wie ist mit Investitionen für Instandhaltung, wo sind die Fachkräfte die an der Börse in Leipzig Strom kaufen und verkaufen wollen?

Wo haben die Kommunen erfahrenen Fachleute für so komplizierte Netzbetriebe? Der Elsdorfer Bauhof sollte vor Jahren auf Treiben von FDP und CDU privatisiert werden, weil er angeblich so viel Geld kostet.

Wer übernimmt den Netzbetrieb mit welchen Mitarbeitern? Übernehmen die Zukünftigen Kommunalen Energieversorger das fachlich geschulte Personal und zu welchen Vergütungen?

Was Kosten die Scharen von Gutachtern, die mit großer Wahrscheinlichkeit positiv in Sinne der Auftraggeber bescheiden.

Muss jeder Bürger später für die Laterne vor seinem Grundstück bezahlen, weil die Kommune sich übernommen hat?

Bezahlt werden alle diese Fehler früher oder später von Bürgern.

Hier muss ich sagen Schuster bleib bei deinen Leisten!!

Mit kollegialen Grüßen

Hassan Djamalpour

Stimmen aus Elsdorf zur geplanten Gründung einer Netzgesellschaft:

Hallo Rolf

Zum Thema Konzessionsverträge kann ich Dir nur mitteilen das ich es sehr erschreckend finde dass die Gemeinde Elsdorf überhaupt an eine Gründung eines Netzbetreibers im Nordkreis denkt. Heutzutage spricht doch jeder vom Sparen. Da wundert es mich das man:

1. Überhaupt Interessiert ist (Bekommen wir das Netz von RWE geschenkt?)
2. Geld dafür ausgibt, Gutachten etc. (Sind unsere Kassen so Voll?)
3. Risikobereitschaft zeigt (Gewinne, Verluste, Zinsen, Betreibung des Netzes, Instandhaltungen, Reparaturen, Störungen, Erweiterungen)
4. Dadurch das Miteinander zwischen Kommune und Tagebau verletzt oder sogar auflöst.
5. Arbeitsplätze vernichtet

Man sollte sich vergleichbare Kommunen/ Städte anschauen wie es dort funktioniert oder auch nicht (Pulheim z. b.) und immer daran denken das wir (Elsdorf) den Tagebau Hambach direkt vor der Nase haben. Lärm und Schmutzbelästigungen nehmen nicht ab wenn wir (Elsdorf) unseren Strom von einem anderen kaufen oder selbst erzeugen. Nein es gehen uns Argumente verloren wenn wir z. b. über Entschädigungen diskutieren möchten abgesehen von den Konzessionszahlungen die nicht unerheblich sind.

An erster Stelle steht doch Schuldenabbau?! Um jeden Preis und jedes Risiko???

Soviel zum Thema von mir, mit meinen vielleicht nicht druckreifen Zeilen.

Ich wünsche noch einen schönen Rest Sonntag

Mit freundlichen Grüßen

Harald Schmidt

Fazit

An den Beispielen der Städte Dorsten und Pulheim ist deutlich erkennbar, dass die Gründung von Stadtwerken bzw. Netzgesellschaften mit hohem finanziellen Aufwand verbunden ist und nicht den erhofften Geldsegen für die Verantwortlichen bringt. So können sehr schnell aus den sich in den Augen der Bürgermeister blinkenden Dollarzeichen - Tränen der Enttäuschung werden.

Die beauftragten Beraterstäbe haben ein Interesse daran Geld zu verdienen und sehen natürlich alles in bester Ordnung und für die Kommunen keinerlei Risiken.

Fazit

Wenn die Stadtwerke keine Gewinne erzielen, darf auch keine Konzessionsabgabe mehr gezahlt werden. In Bonn musste die Stadt rund 8 Mio. € an KA zur Stützung der eigenen Stadtwerke in diese zurück fließen lassen.

Die Stadtwerke Saarbrücken haben sich als unwirtschaftlich erwiesen.

In jüngster Vergangenheit kehrten die Kommunen zunehmend zu den großen Flächenversorgern zurück.

Zahlen für Bergheim

4200 Bergheimer und ihre Familien haben ihr Auskommen durch RWE.

170 Arbeitsplätze sind direkt vom Strom- und Gasnetze abhängig.

Jährlich fließen rund 300 Millionen Euro an Löhnen, Gehältern, Gewerbesteuern und Konzessionsabgaben nach Bergheim.

RWE soll im Boot bleiben

Köln Stadtanzeiger vom 06. Februar 2013

ENERGIE Bergheimer Politiker wollen Verträge verlängern

Rhein-Erft-Kreis. Bei der Neuvergabe der Konzessionsverträge wird es nun offenbar doch keine gemeinsame Lösung der vier Nordkreis-Kommunen geben. In Bergheim zeichnet sich ab, dass die Konzession für die Lieferung von Strom und Gas auch für die nächsten 20 Jahre wieder an RWE vergeben wird. Das Mehrheitsbündnis aus CDU, FDP und bma spricht sich für eine Verlängerung der Verträge aus - ohne mit Kerpen, Elsdorf und Bedburg Rücksprache gehalten zu haben. Mit den anderen Städten war eigentlich eine gemeinsame Lösung angestrebt worden, eventuell mit einer großen Gesellschaft, in der neben den Kommunen auch RWE einen Platz erhalten sollte.

In einer solchen gemeinsamen Gesellschaft sehen nun die Bergheimer Politiker nach der Beratung durch ein Fachunternehmen keinen Vorteil. "Das Risiko ist uns zu groß", sagt Johannes Hübner (CDU). **Die Stadt müsse zunächst rund 20 Millionen Euro investieren**, um sich an dieser Gesellschaft zu beteiligen. "Ob dann aber tatsächlich Gewinne abgeworfen werden, ist fraglich." Zudem sei es schwierig, den tatsächlichen Wert des bestehenden Leitungsnetzes zu bestimmen.

Keinen Nachteil erwartet

Laut Alfred Friedrich (FDP) soll das Ausscheren den anderen Kommunen keinen Nachteil bringen. "Das hat uns der Gutachter versichert", sagt Friedrich.

Und auch Helmut Tillmanns (bma) schließt sich der Meinung seiner Kollegen an: "Rekommunalisierung ist nicht für alle seligmachend." Eine Entscheidung im Rat steht noch aus, ab 2014 sollen die neuen Konzessionsverträge dann für 20 Jahre laufen. Es stehen allerdings noch Verhandlungen mit RWE aus, denn die drei Fraktionen machen einen Abschluss von verbesserten Konditionen für Bergheim abhängig. Dazu sollen etwa Sonderkündigungsrechte gehören.

Kerpens Bürgermeisterin Marlies Sieburg war von den Plänen der Bergheimer überrascht: "Es war die gemeinsame Entscheidung aller vier Bürgermeister, eine gleichlautende Vorlage auf den Weg zu bringen. Dadurch, dass Bergheim nun diesen Weg verlassen hat, muss ich mich mit den Kollegen aus Bedburg und Elsdorf schleunigst an einen Tisch setzen. Wenn nicht mit vier Städten, dann eben mit dreien. Es steht mir aber nicht zu, eine politische Entscheidung in einer anderen Stadt zu kommentieren."

In Elsdorf sorgte die Nachricht ebenfalls für eine Überraschung, wenn auch keine große: Es habe schon länger Gerüchte über zwei verschiedene Meinungen in Bergheim gegeben, sagte Beigeordneter Johannes Mies. In den Gremien werde das Thema wie geplant ab kommender Woche beraten. Die Entscheidung falle vermutlich nicht einstimmig aus.

In der Bedburger Stadtverwaltung konnte nichts Konkretes vermeldet werden. Die Wettbewerbsergebnisse würden den zuständigen Gremien präsentiert. Erst dann könne sich Bedburg positionieren. *(ksta)*

Stadtwerke

Es geht um viel Geld

Die Stadt Bergisch Gladbach will eigene Stadtwerke gründen. Warum die Stadt an Strom und Wasser selbst verdienen möchte, wer bisher den Strom liefert und was sich für Bürger ändert - die wichtigsten Fragen beantworten wir hier.

Bergisch Gladbach. Die Gründung von neuen Stadtwerken hört sich nicht gerade wie ein Thema an, das jeden Bergisch Gladbacher Bürger interessieren sollte.

Sollte es aber. Es geht um richtig viel Geld. Allein für das Recht, dass die Versorger ihre Leitungen durch oder über städtischen Boden führen, fließen jährlich etwa acht Millionen Euro in den Stadtsäckel. Das ist die so genannte Konzessionsabgabe. Aber die Stadt will mehr. Mit eigenen Stadtwerken will sie auch am Geschäft mit dem Endkunden verdienen. Je nach Szenario kommen da noch einmal drei bis sieben Millionen Euro jährlich zusammen.

Es geht um viel Geld

Über was für Leitungen reden wir?

Wir reden über Wasser, Gas und Strom.

Wer ist bis jetzt der Betreiber?

Die Belkaw. Bis zum Jahr 2000 war die Stadt Bergisch Gladbach an diesem Unternehmen beteiligt. Damals allerdings galt es als schlau, Beteiligungen an Stadtwerken zu verkaufen. Rund 100 Millionen Mark bekam die Kommune für ihre Anteile. Der Großteil dieses Geldes wurde in Fonds angelegt, mit deren Gewinnen die Verluste der städtischen Bädergesellschaft ausgeglichen werden sollten.

Wie viel sind diese Fonds jetzt noch wert?

Das schwankt entsprechend den Aktienkursen. Etwa 35 Millionen Euro. Und der Plan, mit den Gewinnen die Verluste auszugleichen, ist nie aufgegangen.

Und nun soll mit eigenen Stadtwerken dieser Verkauf praktisch wieder rückgängig gemacht werden?

Die Rekommunalisierung ist ein großes Thema. Angesichts der chronischen und strukturellen Defizite der Haushalte wird händeringend nach zusätzlichen Einnahmen gesucht. Eine ganze Reihe von Kommunen drängen mit eigenen Stadtwerken auf den Markt. In Rösrath starten beispielsweise die dortigen Stadtwerke zusammen mit den Aachener Stadtwerken.

Es geht um viel Geld

Ist das mit Bergisch Gladbach vergleichbar?

Eindeutig nein. Rösrath hatte bereits eigene Stadtwerke. Außerdem geht es um ganz verschiedene Größenordnungen. Bergisch Gladbach hat mehr als 100 000 Einwohner, sprich potenzielle Kunden, Rösrath 25 000. In Gladbach ist es also viel komplizierter.

Gibt es in der Gladbacher Politik und Verwaltung eine Wunschlösung?

Es gibt einen Arbeitskreis, der nicht-öffentlich tagt. Offiziell wurde bekannt, dass die Stadt drei Szenarien für möglich hält. Erstens die Gründung von Stadtwerken mit einem Partner, wobei man selbst die Mehrheit der Anteile hält. Zweitens die weitere Zusammenarbeit mit der Belkaw. Dabei gibt es wiederum zwei Möglichkeiten. Entweder die Stadt ist mit einer Mehrheit oder einer Minderheit beteiligt. Alle Varianten werden untersucht.

Aber bei der letzten Variante müsste die Stadt sich doch wieder einkaufen?

Richtig. Das Geld dafür könnte sie durch den Verkauf der Fondsanteile auftreiben. Mit diesem Geld als Eigenkapital könnte weiteres Geld von Banken kommen. Experten halten es für machbar, dass die Stadt leicht 100 Millionen Euro auftreiben kann. Vorausgesetzt, die Aufsichtsbehörden der Stadt spielen mit. Aber das scheint kein Problem zu sein.

Es geht um viel Geld

Was sind die nächsten Schritte, und wann weiß man, welche Variante greift?

In dem Arbeitskreis hat man sich darauf geeinigt, dass alle Optionen gleichzeitig geprüft werden. Es wird also mit möglichen strategischen Partnern für eigene Stadtwerke, also auch mit der Belkaw, verhandelt.

Ist das wirklich ein offenes Rennen?

Die Beteiligten sagen ja. Für die Belkaw spricht sicher die vorhandene Struktur. Ein potenzieller Partner könnte versuchen, über ein finanziell unschlagbares Angebot den Zuschlag für einen interessanten Markt zu bekommen. Alle Beteiligten lassen sich nicht in die Karten sehen. Es ist ein Poker. Man wird sehen, wer am Ende die besten Karten hat.

Stadt will mit dem Strom Kasse machen

Ende 2014 laufen die Konzessionsverträge in Bergisch Gladbach mit der Belkaw aus. Es geht um Millionen Euro. Dabei gibt es für die Stadt mehrere Optionen. Eine ist die Gründung eigener Stadtwerke.

Bergisch Gladbach. Wenn morgen der "Arbeitskreis Energieversorgung" der Stadt zusammenkommt, werden die Mitglieder einen Bekannten begrüßen können: Roman Schneider, der Berater, der die Stadt beim Thema Energieversorgung bereits beraten hat, wird dies auch bei der Ausschreibung des Konzessionsvertrags tun. In einer europaweiten Ausschreibung erhielt seine "smm Managementberatung GmbH" den Zuschlag.

Allein für die Beratungstätigkeit im Zusammenhang mit der Energieversorgung hat die Stadt 800 000 Euro bereitgestellt. Alles in der Erwartung, bei der Neuordnung des Strommarktes Mehreinnahmen in Millionenhöhe zu verbuchen. Nach Informationen des "Kölner Stadt-Anzeiger" steht auf der Tagesordnung des Arbeitskreises die Abstimmung darüber, wie die verschiedenen Verhandlungen zeitlich organisiert werden sollen. Dabei geht um drei grundsätzliche Optionen. Bei der ersten Option gründet die Stadt Bergisch Gladbach mit einem strategischen Partner neue Stadtwerke, die ins Rennen um die Vergabe der Konzessionsabgabe geschickt wird. Ende 2014 laufen die Verträge aus.

Stadt will mit dem Strom Kasse machen

Bei der Konzessionsabgabe geht es um Geld, das die Stadt Bergisch Gladbach als eine Art Miete oder Pacht bekommt, weil über und in dem städtischen Boden Leitungen verlegt sind.

Die Stadt könnte mit eigenen Stadtwerken das Leitungsnetz kaufen und selbst Betreiber der Stromnetze werden - und so von den Konzessionsverträgen direkt profitieren. Das ist eine mögliche Einnahmequelle. Mit eigenen Stadtwerken könnte die Stadt aber auch als Anbieter für den Endverbraucher antreten. Womit mehr Geld als mit Konzessionsverträgen verdient werden kann. Denkbar ist, dass die Stadt mit dem bisherigen Versorger, der Belkaw, handelseinig wird, laut nicht öffentlichem Stadtratsbeschluss aber nur, wenn die Stadt an der Belkaw beteiligt ist - entweder mit einer Minderheit oder mit einer Mehrheit. Allerdings hat Stadt ihre Belkaw-Anteile im Jahr 2000 komplett verkauft. Um also wieder ins Geschäft zu kommen, müssten Anteile gekauft werden. Mit Geld, das die Stadt nicht hat. Bei einer Verlängerung mit der Belkaw, so das Kalkül der Stadt, würde mit der Verlängerung der Konzessionsabgabe bezahlt werden. Nach Informationen des "Kölner Stadt-Anzeigers" haben Belkaw-Vertreter auch "stille Teilhaberschaften" angeboten.

Stadt will mit dem Strom Kasse machen

Bürgermeister Lutz Urbach erklärte im Gespräch mit dem "Kölner Stadt-Anzeiger", dass alle drei Varianten gleichberechtigt geprüft werden. "Es geht Qualität vor Schnelligkeit." Schließlich gehe es für die Stadt um Millionenbeträge. Für die Belkaw geht es letztlich ums Überleben: Bergisch Gladbach ist das zentrale Versorgungsgebiet des Unternehmens.

Studie: Netzkommunalisierung verfehlt meist Ziele

Nach Ansicht der Unternehmensberatung Putz & Partner sind die Erwartungen an die Kommunalisierung der Strom-Verteilnetze meist unrealistisch.

In einer Studie, die Putz & Partner heute zusammen mit der **Hamburg School of Business Administration** vorlegte, heißt es laut Pressemitteilung, neun von zehn der wichtigsten Ziele einer Rekommunalisierung der Netze seien von vornherein zum Scheitern verurteilt oder "höchst unwahrscheinlich" zu erreichen. Nur das Infrastruktur-Management lasse sich in kommunaler Verantwortung tatsächlich verbessern, so die Autoren.

Dagegen werde durch einen kommunalen Netzkauf die Versorgung weder ökologischer noch sicherer noch effizienter als bisher. Auch das damit mitunter verbundene Ziel, den Wettbewerb zu fördern, sei unrealistisch. Dem stünden jeweils "unverrückbare" rechtlich-regulatorische Hindernisse im Weg, schreibt Putz-Energieexperte **Stephan Gamm**. Beispielsweise dürften Netzbetreiber gar nicht den Zubau Erneuerbarer beeinflussen.

Studie: Netzkommunalisierung verfehlt meist Ziele

Ebenfalls "höchst unwahrscheinlich", wenn auch nicht ganz ausgeschlossen sei die Hoffnung auf günstigere Preise, höhere kommunale Erträge und eine Stärkung der örtlichen Wirtschaft. Dies gelte auch für die oft erwarteten Vorteile fürs Gemeinwohl und für den stärkeren Einfluss der Gemeinden. Gamms Kollege **Dr. Thomas Kuprat** fasste die Zielrichtung des Papiers zusammen: "Eine Rückführung der Stromverteilnetze in die öffentliche Hand ist nach Faktenlage der Studie in den meisten Fällen nicht sinnvoll." Die Rekommunalisierungsdebatte werde ideologisch geführt und blende die hohe Komplexität des Verteilnetzbetriebs weitgehend aus.
(geo)

Quelle: ZfK Zeitung für kommunale Wirtschaft vom 23. April 2013

Studie: Netzkommunalisierung verfehlt meist Ziele

Nach Ansicht der Unternehmensberatung Putz & Partner sind die Erwartungen an die Kommunalisierung der Stromverteilnetze meist unrealistisch.

In einer Studie, die Putz & Partner heute zusammen mit der **Hamburg School of Business Administration** vorlegte, heißt es laut Pressemitteilung, neun von zehn der wichtigsten Ziele einer Rekommunalisierung der Netze seien von vornherein zum Scheitern verurteilt oder "höchst unwahrscheinlich" zu erreichen. Nur das Infrastruktur-Management lasse sich in kommunaler Verantwortung tatsächlich verbessern, so die Autoren.

Dagegen werde durch einen kommunalen Netzkauf die Versorgung weder ökologischer noch sicherer noch effizienter als bisher. Auch das damit mitunter verbundene Ziel, den Wettbewerb zu fördern, sei unrealistisch. Dem stünden jeweils "unverrückbare" rechtlich-regulatorische Hindernisse im Weg, schreibt Putz-Energieexperte **Stephan Gamm**. Beispielsweise dürften Netzbetreiber gar nicht den Zubau Erneuerbarer beeinflussen.

Ebenfalls "höchst unwahrscheinlich", wenn auch nicht ganz ausgeschlossen sei die Hoffnung auf günstigere Preise, höhere kommunale Erträge und eine Stärkung der örtlichen Wirtschaft. Dies gelte auch für die oft erwarteten Vorteile fürs Gemeinwohl und für den stärkeren Einfluss der Gemeinden. Gamms Kollege **Dr. Thomas Kuprat** fasste die Zielrichtung des Papiers zusammen: "Eine Rückführung der Stromverteilnetze in die öffentliche Hand ist nach Faktenlage der Studie in den meisten Fällen nicht sinnvoll." Die Rekommunalisierungsdebatte werde ideologisch geführt und blende die hohe Komplexität des Verteilnetzbetriebs weitgehend aus. (geo)